



An den Grossen Rat

21.5495.03

PD/P215495

Basel, 15. Oktober 2025

Regierungsratsbeschluss vom 14. Oktober 2025

Anzug Pascal Messerli betreffend «kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 19. Oktober 2023 vom Schreiben des Regierungsrates vom 23. August 2023 Kenntnis genommen und – entgegen dem Antrag des Regierungsrates – den nachstehenden Anzug Pascal Messerli und Konsorten stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

«Die Existenz von Antisemitismus ist auch im 21. Jahrhundert in Europa, der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt eine untragbare Realität. Die allermeisten extremistischen Gruppierungen und Verschwörungstheoretiker haben in ihren gefährlichen Ideologien einen gemeinsamen Nenner: Pauschaler Judenhass und Judenfeindlichkeit. Antisemitische Vorfälle stehen sehr oft in Verbindung mit dem Nahostkonflikt, da häufig kein Unterschied zwischen der Politik Israels und den in Europa lebenden Juden gemacht wird.

Besonders bedrohlich für die Situation der Juden in Europa ist die Tatsache, dass in der Vergangenheit mehrere Terroranschläge verübt wurden, bei denen die jeweiligen Täter bewusst Juden getötet haben bzw. töten wollten. Zu nennen sind unter anderem die islamistisch motivierten Terroranschläge in Toulouse und Paris sowie der rechtsextreme Terroranschlag auf eine Synagoge in Halle. Es gilt an dieser Stelle festzuhalten, dass sowohl islamistische als auch rechtsextreme Gefährder Kontakte in der Schweiz haben und entsprechende Zellen existieren. Ebenfalls beängstigend ist die Zunahme an Judenfeindlichkeit an Pro-Palästina-Demos, wie sie in den letzten Wochen stattgefunden haben. Die Synagoge und andere jüdische Einrichtungen in Basel werden zudem immer mal wieder Zielscheibe von Vandalismus, antisemitischen Sprayereien und Drohungen.

Es versteht sich von selbst, dass alle Jüdinnen und Juden einen staatlichen Anspruch haben, in Frieden zu leben und ihre Religion auszuüben. Aus diesem Grund muss der Kanton Basel-Stadt Antisemitismus auf allen Ebenen und Stufen bekämpfen. Die jüdische Glaubensgemeinschaft ist in unserer Stadt historisch verwurzelt und ein Teil von Basel. Die Anzugstellenden sind davon überzeugt, dass neben sicherheitspolitischen Massnahmen die schulische Bildung sowie eine würdige Bewahrung der Erinnerungskultur wichtige Pfeiler sind, um Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen. Die Fortschritte sollen dabei in einem kantonalen Massnahmenplan gegen Antisemitismus festgehalten werden.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

Ob ein kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus erstellt werden kann und wie entsprechende Fortschritte in Zukunft kommuniziert werden können.

Welche Massnahmen in den Bereichen Sicherheit und Prävention getroffen werden, um vermehrt und verstärkt gegen antisemitische Gruppierungen vorgehen zu können. Diese Massnahmen sollen dabei zielführend mit dem Bund koordiniert werden.

Wie in Zukunft auf allen Schulstufen einen grösseren Schwerpunkt auf das Thema Antisemitismus gelegt werden kann, um die allgemeine Sensibilisierung zu stärken.

Wie eine würdige Bewahrung der Erinnerungskultur sichergestellt werden kann. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob und wie sich der Kanton an einem nationalen Holocaust-Denkmal beteiligen kann oder man sich als Kanton allenfalls dafür einsetzt, dass ein derartiges Denkmal in Basel eingerichtet wird.

Ob man der gesamten Bevölkerung die Geschichte der Juden in Basel näherbringen kann, auch in Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Institutionen.

Pascal Messerli, Lorenz Amiet, Luca Urgese, Joël Thüring, Balz Herter, Daniel Albietz, Beat K. Schaller, David Wüest-Rudin, Annina von Falkenstein, Lukas Faesch, Catherine Alioth, Sandra Bothe, Mahir Kabakci, Jessica Brandenburger, Christoph Hochuli, Oliver Thommen, Barbara Heer, Raoul I. Furlano, René Brigger, Tim Cuénod, Daniel Sägesser, Brigitte Gysin, Franziska Roth, Gianna Hablützel-Bürki, Jérôme Thiriet»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Der Anzug Pascal Messerli und Konsorten fordert den Regierungsrat auf, einen kantonalen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus zu erstellen und entsprechende Fortschritte zu kommunizieren. Der Regierungsrat hat in seinem Bericht vom 23. August 2023 dargelegt, dass auf kantonaler Ebene seit vielen Jahren Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus umgesetzt und gefördert werden. Die Bekämpfung von Antisemitismus als Teil gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist dem Kanton Basel-Stadt ein wichtiges Anliegen und wird schon seit längerer Zeit prioritär behandelt. Es werden insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Erinnerung diverse Massnahmen umgesetzt. Am 19. Oktober 2023 entschied der Grosse Rat, den Anzug stehen zu lassen.

Auf Bundesebene laufen seit Längerem Bemühungen, gemeinsam mit den Partnern auf Kantons-ebene eine koordinierte Strategie zur aktiven Information und Sensibilisierung über Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln. Im Sommer 2024 hat die Bundesversammlung eine Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats angenommen und damit den Bundesrat mit der Ausarbeitung einer Strategie und eines Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus beauftragt. Im Kanton Basel-Stadt hat der Grosse Rat im Januar 2025 die Motion Fleur Weibel und Konsorten betreffend «Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan» (24.5205.01) an den Regierungsrat überwiesen.

2. Kantonale Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus

Die Motion Weibel und Konsorten fordert, den kantonalen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus (Anzug Messerli) um die weiteren Formen rassistischer Diskriminierung zu ergänzen und in eine Gesamtstrategie gegen Rassismus einzubetten. Dabei soll die Strategie auf Bundesebene berücksichtigt werden. Teil dieser kantonalen Strategie gegen Rassismus soll ein departementsübergreifender Massnahmenplan sein. Die kantonale Strategie gegen Rassismus inklusive des Massnahmenplans soll in drei Jahren erarbeitet werden.

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 22. Januar 2025 die Motion Fleur Weibel und Konsorten dem Regierungsrat zur Umsetzung innert drei Jahren überwiesen. Der Regierungsrat befürwortet die Einbettung und Koordination bestehender Massnahmen in eine kantonale Gesamtstrategie sowie die Planung, Koordination und Umsetzung neuer Massnahmen im Rahmen eines departementsübergreifenden Massnahmenplans. Der Regierungsrat begrüsst zudem die Zusammenführung des kantonalen Massnahmenplans zur Bekämpfung von Antisemitismus (Anzug Messerli) mit dem Anliegen der Motion zu einer gemeinsamen Gesamtstrategie mit Massnahmenplan gegen Rassismus und Antisemitismus.

In der kantonalen Strategie mit Massnahmenplan soll den verschiedenen Formen und Dimensionen von Rassismus Rechnung getragen und unter anderem spezifisch auf den Antisemitismus eingegangen werden.

Zur Begleitung der politischen Aufträge wurde ein Steuerungsausschuss einberufen. Im Steuerungsausschuss vertreten sind mit der Thematik vertraute Fachpersonen aus den Departementen sowie eine Vertretung der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB) und eine Expertin für Rassismusfragen. Der Steuerungsausschuss begleitet die gesamte Strategieentwicklung und liefert fachliche Beratung. Er stellt zudem die interdepartementale Koordination von Massnahmen sicher.

Die Entwicklung der kantonalen Strategie orientiert sich an den Vorschlägen des Bundes, die am 26. August 2025 im Rahmen einer Tagung zur Nationalen Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus vorgestellt wurden. Die Strategie nimmt die Mechanismen von Rassismus als Ganzes in den Fokus und geht gleichzeitig auf die Besonderheiten verschiedener Formen von Rassismus, darunter Antisemitismus, ein. Das Spektrum rassistischer Diskriminierung ist breit. Jede Form von Rassismus und Diskriminierung hat ihre eigene Geschichte sowie ihre spezifische Wirkungsweise. Die darunterliegenden Mechanismen des Hasses und der Ausgrenzung sind aber dieselben. Es wird deshalb ein umfassender Ansatz entwickelt, der alle Formen von Rassismus und rassistischer Diskriminierung gleichermaßen anerkennt und bekämpft und gleichzeitig differenzierte Massnahmen für verschiedene Formen enthält.

Im Zentrum der Strategie stehen voraussichtlich vier Handlungsfelder und vier Querschnittsdimensionen. Im ersten Handlungsfeld, Monitoring, geht es darum, Phänomene zu beobachten, zu erfassen und zu verstehen. Zweitens steht der Schutz von Menschen im Fokus. Drittens soll die Strategie institutionell verankert werden, innerhalb der Behörden sollen Verantwortung übernommen und Veränderungen angestrebt werden. Viertens geht es um das gesellschaftliche Engagement, beziehungsweise die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure (Verwaltung, NGO, Zivilgesellschaft usw.). Eine Strategie zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus kann nur gemeinsam erstellt werden, braucht flächendeckende Sensibilisierung und langfristige Allianzen. Diese vier Handlungsfelder werden in vier Querschnittsdimensionen angegangen: Erstens wird die strukturelle Dimension von Rassismus und Antisemitismus bedacht, zweitens werden Mehrfachdiskriminierungen berücksichtigt, drittens wird die Betroffenenperspektive miteinbezogen und viertens werden die verschiedenen Formen von Rassismus in ihrer Unterschiedlichkeit benannt und spezifisch bekämpft.

Der Regierungsrat verweist für die Beantwortung der einzelnen Fragen des Anzugs auf das Schreiben des Regierungsrats vom 23. August 2023 (21.5495.02). Sämtliche Anliegen des Anzugs werden im Zuge der Entwicklung der kantonalen Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus aufgenommen und im Bericht zur Umsetzung der Motion adressiert.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Pascal Messerli betreffend «kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus» stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin